



Der 9. November mahnt zum gemeinsamen Handeln Erklärung der VVN-BdA zum 70. Jahrestag der Pogromnacht

Vor siebzig Jahre, am 9. November 1938, brannten in Deutschland und Österreich Synagogen und jüdische Bethäuser. Friedhöfe wurden geschändet und noch vorhandene jüdische Einrichtungen zerstört. 7500 jüdische Geschäfte wurden überfallen, geplündert und demoliert, annähernd einhundert jüdische Menschen wurden in dieser Nacht ermordet. Anschließend wurden über 20.000 Männer in die Konzentrationslager Dachau, Buchenwald und Sachsenhausen verschleppt.

In alljährlichen Gedenkveranstaltungen, in Schulen und Gottesdiensten wird in Deutschland an diese Pogromnacht erinnert. Dabei geht es auch um politische Zeichen: Antisemitismus, Rassismus und Neofaschismus dürfen in unserer Gesellschaft keinen Platz haben.

Der Jahrestag der Pogrome mahnt uns, weiter unbeirrt für die historische Losung „Nie wieder“ einzutreten. Noch gibt es in unserer Organisation Zeitzeugen, die ihre Erinnerungen und Erfahrungen an die systematische Verfolgung und Ermordung jüdischer Menschen an Jüngere weitergeben können. Doch ihre Zahl sinkt mit jedem Jahr. Inzwischen legen auch nachgeborene Antifaschistinnen und Antifaschisten Zeugnis ab von den Verbrechen, die der deutsche Faschismus verübte.

Die durch den Mauerfall am 9. November 1989 eingeleitete Vereinigung Deutschlands hat nicht dazu geführt, dass Menschen anderer Rasse, anderer Religion und Kultur heute gleichberechtigt und unbehelligt in Deutschland leben können. Im Gegenteil: Neofaschistische, rassistische und antisemitische Auffassungen haben Konjunktur, NPD-Kader verbreiten ihre menschenverachtenden Parolen von den Tribünen zweier Landtage, und das von vielen Bürgern angemahnte Verbot der NPD wird von der Politik weiter auf die lange Bank geschoben.

Statt jedoch gemeinsam gegen Neofaschismus und Antisemitismus zu handeln, versuchen rechte Politiker wie der CDU-Bundestagsabgeordnete Hans-Peter Uhl eine fraktionsübergreifende Erklärung zu diesem Datum zu torpedieren und gegen die Bundestagsfraktion der LINKEN zu instrumentalisieren. Im Sinne des stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, Dr. Graumann, verurteilen auch wir dieses unwürdige politische Manöver. Wir rufen stattdessen alle Demokraten zum gemeinsamen Handeln auf:

Der Novemberpogrome zu gedenken verpflichtet, den Kampf gegen die extreme Rechte in diesem Land zu verstärken. Kein Grund zum Feiern, sondern Anlass zu noch größerem antifaschistischen Engagement!

Berlin, 04.11.08